



N i e d e r s c h r i f t

über die 24. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung in der Wahlperiode 2023/2027 am 20.01.2026

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungsraum
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:37 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann
Frau Stadtverordnete Ruser
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Frau Stadtverordnete Kargoscha
Frau Stadtverordnete Milch (für Stadtverordnete von Twistern)

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Brinkmann (für Stadtverordneter Timke)

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Frau Stadtverordnete Schiller

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Miholic (ab 16:04 Uhr anwesend)

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Beratende Mitglieder:

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB
Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB

Entschuldigt:

Frau Stadtverordnete Brand (DIE MÖWEN)
Herr Stadtverordneter Timke, MdBB (BD)
Frau Stadtverordnete von Twistern (CDU)

Schriftführung: Herr Littmann (Büro der Stadtverordnetenversammlung)
Herr Jährling (Büro der Stadtverordnetenversammlung)

Weitere Teilnehmende:

Rechnungsprüfungsamt:	Frau Grafelmann
Personalamt:	Frau Adomeit
	Frau Schröder
Gesamtpersonalrat:	Herr Kieck
Personalrat AVD:	Herr Schildt

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Es liegt folgende Tischvorlage vor:

Ausschreibung der Stelle des:der Oberbürgermeister:in, Vorlage Nr. V+G 1/2026.

Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Ausschuss genehmigt einstimmig die vorliegende Tagesordnung.

**1. Ausschreibung der Stelle des:der Oberbürgermeister:in -
Tischvorlage**

V+G 1/2026

Stadtverordnete BRINKMANN kritisiert den Passus in der Stellenausschreibung, der der SPD-Fraktion ein Vorschlagsrecht einräumt. Dies könne potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern den Eindruck vermitteln, dass eine Bewerbung aussichtslos sei.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ bemängelt, dass die Voraussetzungen für die Bewerbung unzureichend definiert seien, obwohl es sich um die höchste Position der Stadt handle. Er fordert ein klares Anforderungsprofil, insbesondere eine fachlich geeignete Person mit juristischem Studium und Befähigung für den höheren Dienst. Das gesamte Verfahren bezeichnet er als Farce. Zudem kritisiert er, dass der Oberbürgermeister in Bremerhaven nicht direkt vom Volk gewählt werde; Bremerhaven sei neben Bremen die einzige Stadt in Deutschland mit dieser Regelung. Er wirft vor, Stellenausschreibungen würden seit Jahren auf gewünschte Kandidaten zugeschnitten. Auch im aktuellen Fall sei das Anforderungsprofil zu schwach; der von der SPD ausgewählte Kandidat verfüge offenbar weder über ein Jurastudium noch über die Befähigung für den höheren Dienst.

Stadtverordneter SCHUSTER äußert Zweifel daran, dass sich externe Kandidaten bewerben würden. Auch er kritisiert die fehlende Direktwahl des Oberbürgermeisters. Zudem zeigt er Unverständnis für die Haltung der CDU, da diese öffentlich angekündigt habe, das Verfahren verändern zu wollen.

Stadtverordnete MILCH erklärt, dass man sich bereits in der vergangenen Wahlperiode eine erfolgreiche Magistratsreform in Bremen gewünscht hätte, in deren Rahmen auch Fragen zu Ausschreibungen politischer Beamter behandelt worden wären. Sie bestätigt, dass die Ausschreibung ein Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion enthalte, und bewertet dies als fair gegenüber den Bewerberinnen und Bewerbern. Zur Direktwahl des Oberbürgermeisters verweist sie auf die erforderliche Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung, die bislang koalitionsintern nicht erreichbar gewesen sei. Dies bedeute jedoch nicht, dass die CDU ihre grundsätzliche Position aufgegeben habe. Sie weist darauf hin, dass es in vielen anderen deutschen Städten ebenfalls keine

Direktwahl des Oberbürgermeisters gebe und bietet Herrn Jürgewitz an, entsprechende Beispiele zu benennen.

Stadtverordneter LICHTENFELD kritisiert die Sitzung insgesamt als Showveranstaltung. Er fragt die SPD-Stadtverordneten, ob es in der Partei keine ambitionierten Frauen für das Amt der Oberbürgermeisterin gäbe.

Stadtverordneter MIHOLIC äußert Verwunderung über die geringe Zahl an Zuschauerinnen und Zuschauern bei der Sitzung und zeigt sich über das fehlende öffentliche Interesse überrascht. Er spricht sich grundsätzlich für die Direktwahl des Oberbürgermeisters aus, befürwortet jedoch vorrangig die Umsetzung der Magistratsreform.

Er ergänzt, dass die Umsetzung der Magistratsreform am grünen Staatsrat Martin Hagen gescheitert sei, der weiterhin im Amt sei. Aus diesem Grund sei in der laufenden Wahlperiode kein neuer Anlauf unternommen worden. Er äußert die Hoffnung, dass sich nach der nächsten Wahl in Bremen andere Mehrheitsverhältnisse ergeben und dann ein erneuter Anlauf zur Umsetzung der Magistratsreform möglich werde.

Stadtverordnete SCHILLER teilt mit, dass auch die Grünen sind für die Direktwahl aussprechen. Sie kritisiert, dass im Ausschreibungstext keinerlei Fachkenntnisse gefordert werden. Dies sei nicht mit dem Prinzip der Bestenauslese in Einklang zu bringen.

Stadtverordnete SCHILLER stellt folgenden Änderungsantrag:

Der Ausschreibungstext, bei dem Punkt „Voraussetzungen für eine Bewerbung sind, wird um folgende zwei Punkte ergänzt:

- *Einschlägige fachliche Qualifikation oder mehrjährige Berufserfahrung in verschiedenen dem Dezernat der*des Oberbürgermeister*in zugeordneten Fachbereichen*
- *Kommunikations-Fähigkeit, Teamfähigkeit, Konfliktlösungs-Kompetenz, Feedback-Kompetenz, Delegations-Fähigkeit, Visionäres Denken und Bürger*innen-Nähe“*

Weitere Wortmeldungen: Adomeit, Dr. Hammann, Lichtenfeld, Milch, Schiller, Schuster

Beschluss (Änderungsantrag Schiller):

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 1 Ja-Stimme (Schiller).

Beschluss (Vorlage V+G 1/2026):

Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung beschließt für die zu besetzende Stelle eines hauptamtlichen Magistratsmitgliedes als Oberbürgermeister:in die Veröffentlichung einer Stellenausschreibung unter Verwendung des anliegenden Ausschreibungstextes und beauftragt den Magistrat mit der Durchführung des Ausschreibungsverfahrens.

Der Beschluss ergeht bei 3 Nein-Stimmen (Brinkmann, Jürgewitz, Schiller).

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 16:37 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführer

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Littmann

Entwurf